

Mit Zuversicht in die Kommunalwahl

Linke wollen Sozialticket durchsetzen und bei der Kommunalwahl 24%+x

Am Samstag, den 5. April 2008 führte DIE LINKE Brandenburg an der Havel eine Gesamtmitgliederversammlung im Rolandsaal des Altstädtischen Rathauses durch.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Stadverbandes, René Kretzschmar, hatte zunächst Kornelia Wehlan (DIE LINKE), Mitglied der Landtagsfraktion, das Wort.

Sie stellte den Anwesenden das Leitbild der Linksfraktion im Landtag Brandenburg vor. Die Diskussion darum ist keineswegs abgeschlossen. Es sei ein dynamischer Prozess. Sie betonte in ihrem Redebeitrag, dass das Leitbild der Linken neue Wege weist, wie die Herausforderungen durch rapide technologische Innovation, wirtschaftlichen Umbruch, sozialen Wandel und

demographische Veränderung genutzt werden könne, um Lebensqualität und Lebenschancen für alle Menschen im Land Brandenburg zu sichern und zu verbessern.

Der Vorsitzende René Kretzschmar stimmte die Anwesenden danach auf den bevorstehenden Kommunalwahlkampf ein. „Viele Kandidaten konnten bereits gewonnen werden für DIE LINKE zur Kommunalwahl anzutreten darunter z.B. Melanie Schulz, Vereinsvorsitzende der JugendKulturFabrik, und das Neumitglied der Linken, Andreas Martin, früher für WirtSo gewählt.“ Kretzschmar weiter „Insgesamt haben wir jetzt schon um die 40 Kandidaten, die sich den Wählerinnen und Wählern stellen möchten“.

Kretzschmar hob in seiner Rede die Zuversicht hervor, bei der Kommunalwahl in diesem Jahr gut abzuschneiden. Er sagte „Wir haben allen Grund, selbstbewusst in diese Wahl zu gehen, aber nicht mit Übermut.“ Der Fraktionsvorsitzende Alfredo Förster untermauerte dies und gab als Wahlziel 24% +x aus.“ Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit 2008 der Linken ist das Volksbegehren für ein

Sozialticket. Das Volksbegehren startet am 28. April. Innerhalb von 4 Monaten sind 80.000 Unterschriften erforderlich, damit sich der Landtag mit dieser Thematik nochmals auseinander setzt.

Kretzschmar rief alle Anwesenden auf, zu den Erstunterzeichnern zu gehören. Die Unterschriften können nur auf den amtlich ausgelegten Listen bei den Abstimmungsbehörden geleistet werden. DIE LINKE wird ihre Aktivitäten am 1. Mai mit dem Volksbegehren verknüpfen.

Die Stadtfraktion der LINKEN hat zu dem Thema Sozialticket einen entsprechenden Antrag für die nächste SVV formuliert. In diesem fordert DIE LINKE, dass sich der Vertreter der Stadt Brandenburg im Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg

für die Einführung des Sozialtickets einsetzt und einer entsprechenden Vorlage zustimmen soll.

Die nächste Gesamtmitgliederversammlung DER LINKEN, auf der das Kommunalwahlprogramm beschlossen werden soll und Kandidaten aufgestellt werden, findet Ende Mai statt. M. Osterburg



Andreas Martin (links) erhielt auf der Gesamtmitgliederversammlung seinen Mitgliedsausweis vom Vorsitzenden René Kretzschmar

Inhalt

- 2 Meine politische Heimat war immer links
- 3 Kinder brauchen mehr!
- 4 Kinder - und Familienfest am 01. Juni im Waldcafé Görden
- 4 Die „sichtbare Hand“ oder „Wie viel Staat braucht die Bundesrepublik?“
- 5 Kommt das Sozialticket für das Land Brandenburg?
- 6 Dritte landesweite Demonstration gegen Sozialabbau
- 6 Der Schriftsteller Walter Flegel in der Geschäftsstelle der LINKEN

Meine politische Heimat war immer links

Interview mit Ilona Friedland, stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE. Brandenburg an der Havel

Redaktion: Du bist in Dresden geboren und in Karl-Marx-Stadt aufgewachsen. Was hat Dich denn hierher in unser Land Brandenburg verschlagen?

Ilona Friedland: Wie das Leben so spielt, aus Liebe zu meinem jetzigen Mann bin ich 1987 nach Berlin umgesiedelt. Bis

zur Wende war ich im Ministerium für Bauwesen als persönliche Referentin des damaligen Ministers für Industriebau beschäftigt. Die Wirren der Nachwendezeit haben mich dann 1991 mit meiner Familie nach Brandenburg an der Havel verschlagen. Hier war ich die ersten beiden Jahre als Amtsleiterin im Wohnungsamt und von 1993 bis zu meiner Beurlaubung als Geschäftsführerin der Brandenburger Wohnungsfürsorge (Wofü) tätig.

Redaktion: Ilona, als Du im vergangenen Jahr zur stellvertretenden Vorsitzenden unseres Stadtverbandes gewählt wurdest, war in der MAZ zu lesen, dass Du erst durch Deine Beurlaubung als Geschäftsführerin der Wofü Deine politische Heimat bei den Linken gefunden hast. Trifft das zu?

Ilona Friedland: Dieser Aussage des Journalisten muss ich eindeutig widersprechen. Ich wurde als Arbeiterkind geboren, links erzogen, und habe schon immer links gefühlt und gehandelt. Auch wenn ich von 1991 bis zu meinem Neueintritt 2007 nicht mehr Mitglied einer linken Partei war. In der DDR war ich seit meinem 18. Lebensjahr Mitglied der SED und übte eine Reihe von ehrenamtlichen gesellschaftlichen Funktionen aus. Nach der Wende habe ich hier in Brandenburg an der Havel versucht, durch meine Arbeit die Positionen der PDS zu unterstützen, soziale Projekte ins Leben zu rufen und mich für die Nichtgewinner der Wende einzusetzen.

Redaktion: Was hat Dich dazu bewogen, als stellvertretende Stadtvorsitzende wieder in der „ersten Reihe“ politisch aktiv zu werden?

Ilona Friedland: Auf meine Tätigkeit als Geschäftsführerin der Wofü habe ich bereits hingewiesen. Wir haben in unserem Unternehmen vielfältige Aktivitäten für unsere Mieter, besonders für junge Leute und sozial Schwache entfaltet. Diese gingen über das normale Maß dessen hinaus, wozu eine kommunale Wohnungsgesellschaft zu leisten verpflichtet ist.

Mit dem „Machtwechsel“ in unserer Stadt – Wahl von Frau Dr. Tiemann zur Oberbürgermeisterin und Dominanz der CDU in der Stadtspitze und der Stadtverordnetenversammlung – entstand dann eine neue Situation. Ich war mit vielem in der Stadtpolitik, besonders in der Wohnungspolitik nicht mehr

einverstanden und habe meine Meinung auch offen geäußert. Damit passte ich nicht mehr in das politische Konzept der OB, der CDU und des Herrn Deschner. So fasste ich dann den Entschluss, nicht mehr nur mit Sympathie zuzuschauen, sondern aktiv linke Politik in der Stadt mitzugestalten.

Redaktion: Worin siehst Du die Schwerpunkte Deiner Arbeit im Stadtvorstand und im Stadtverband?

Ilona Friedland: Ich möchte durch mein politisches Wirken dazu beitragen, dass die Wirtschaft in der Stadt vorangebracht wird. Die kommunalen

Betriebe sollen gestärkt werden, damit sie ihre Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen können. In der Stadt werden falsche Prioritäten gesetzt. In der Wirtschaft fehlt die zündende Idee. Stadumbau erfolgt vor allem als Abriss, die Aufwertung der entsprechenden Stadtviertel bleibt auf der Strecke. Ich möchte mein Wissen, insbesondere über die Wohnungspolitik dem Stadtverband zur Verfügung stellen. So kann der Bevölkerung gezeigt werden, wofür wir eintreten. Sachlich gut fundiertes Wissen ist für den Stadtverband und auch für die Fraktion und die Basisorganisationen von großer Bedeutung.

Redaktion: Abschließend die Frage: Wie fühlst Du Dich im Stadtvorstand der LINKEN?

Ilona Friedland: Ich fühle mich dort zu Hause, fühle mich wohl in meiner politischen Heimat. Ich arbeite gern mit den Genossinnen und Genossen im Stadtvorstand zusammen. Ich finde es gut, dass wir auf sachlicher Basis auch miteinander streiten, um zu effektiven Ergebnissen und Lösungen in der Politik zu kommen.

Redaktion: Vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Horst Maiwald, Redaktion „Havelbrandung“.



Ilona Friedland, geb.: 04.03.1950
verheiratet, 2 erwachsene Kinder, 2 Enkelkinder
Beruf: Bauingenieur, Dipl. Ing.-Ökonom
Tätigkeit: Geschäftsführerin des kommunalen
Wohnungsunternehmens der Gemeinde Am
Mellensee im Kreis Teltow-Fläming

Kinder brauchen mehr!

Die Kinderarmut steigt – auch in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland

Kinder sind eine selbstständige Bevölkerungsgruppe. Damit haben sie Anspruch auf einen eigenen Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen. Dies ist ein Ergebnis der von der Kreistagsfraktion und des Kreisverbandes DIE LINKE Potsdam-Mittelmark durchgeführten Konferenz

„Von meiner Hände Arbeit möchte ich Leben – auch in Potsdam-Mittelmark“ am 29.02.2008. Diese einfache Weisheit hört sich so normal an, dass wir nicht weiter darüber nachdenken. Auch die „Erfinder“ von Hartz IV haben in ihrer Berechnung die Kinder vergessen, meint Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Daher plädiere ich dafür, „das Existenzminimum von Kindern eigenständig und nicht in Abhängigkeit vom Familieneinkommen abzusichern“. Unterstützt wird die Bundestagsabgeordnete von Dr. Rudolf Martens, Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Er fordert einen für „Kinder angepassten Regelsatz, der ihren spezifischen Lebensbedingungen und Bedürfnissen entspricht.

Die Kinderarmut steigt – auch in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland. Momentan liegt die Kinderarmutsquote bei 10,2 Prozent. Wer ist von dieser Armut betroffen? Vorrangig sind es Kinder in Ostdeutschland, von Alleinerziehenden und Kinder mit Migrationshintergrund. Wie wirkt sich diese Armut auf die Kinder aus, fragte Diana Golze? Sie ist spürbar als materielle, als soziale und als kulturelle Armut – anders ausgedrückt, die Kinder stehen außen vor. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wird erschwert, wird verwehrt. Negative Auffälligkeiten bei den Kindern sind eine Folge dieser permanenten Benachteiligung. So weisen 36% der armen Kinder ein auffälliges Spielverhalten; 38% ein auffälliges Sprachverhalten und 34% ein auffälliges Arbeitsverhalten auf. Bei nicht-armen Kindern sind es 16%, 16% und 18% – jeweils weniger als die Hälfte. Das führt dazu, dass lediglich 69% der armen Kinder regulär eingeschult werden, bei den nicht-armen sind es 88%. Ein weiteres Resultat



Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

der Untersuchungen: arme Kinder sind im Vergleich zu nicht-armen Kindern häufiger von Rückstellungen und Klassenwiederholungen betroffen, die Durchschnittsnoten am Ende der Grundschule sind schlechter, der Gang ans Gymnasium ist seltener, der Wechsel an Förder- und

Hauptschulen jedoch häufiger und im Resultat ist die schulische/berufliche Prognose eher negativ. Daraus ergeben sich für mich und DIE LINKE folgende Forderungen: Kinderrechte in der Verfassung verankern.

Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe.

Elternbeitragsfreie Kinderbetreuung.

Verbesserung des Qualifikationsniveaus von ErzieherInnen.

Recht auf Gesundheit im Bürgerlichen Gesetzbuch verankern.

Mehr Vernetzung zwischen den Akteuren des Kinderschutzes.

Lokale Angebote stärken – Kompetenzen im Kinderschutz bündeln.

Ermittlung des Bedarfs auf der Basis des Warenkorb für Kinder.

Abschließend sollen die individuelle und bedarfsorientierte

Kindergrundsicherung als soziales Sicherungssystem verankert werden. Die bis dahin durchgeführten Schritte sollen gesetzgeberisch und systematisch zu einem armutsfesten und Teilhabe sichernden sozialen Sicherungssystem zusammengefasst werden. An einem für alle Kinder einheitlichen Kindergeld wird festgehalten. Als Einstieg in eine bedarfsorientierte Grundsicherung wird eine bedarfsorientierte Kindergeld eingeführt, die den bisherigen Kinderzuschlag ersetzt. Die Kindergeldsicherung dient der dauerhaften Armutsverhinderung von Kindern. Sie wird als individueller Anspruch des Kindes ausgestaltet und ersetzt alle bisherigen kindbezogenen staatlichen Transferleistungen außer dem Kindergeld.

In der abschließenden Diskussion in Belgien war man sich schnell einig, dass Kinder nicht nur mehr brauchen, sondern sie verdienen auch mehr!

Diana Golze

Kinder - und Familienfest am 01. Juni im Waldcafé Görden

Der Stadtvorstand DIE LINKE, die Basisorganisation DIE LINKE - Görden 1 und die Gruppen der Volkssolidarität des Gördens bereiten unter Leitung des Festkomitees anlässlich des Internationalen Kindertages das traditionelle 6. Kinder- und Familienfest auf dem Gelände des Waldcafés vor.

Viel Zeit haben wir nicht mehr. Wir rufen die Bewohner des Gördens und der Umgebung auf, uns mit Preisen und persönlichem Einsatz beim Backen, Spenden und an den Ständen zu helfen. Wir freuen uns auf einen großen Zulauf.

Die Lehrer an den Gördenschulen bitten wir, die Kinder auf dieses Fest vorzubereiten.

Auf der Bühne können die Mädchen und Jungen rezitieren, singen, tanzen und vorturnen. Eine Hopseburg, Räuber Raudibald, Sackhüpfen, Eierlauf Büchsenwerfen und ein Bastelstand stehen den Kindern zur Verfügung. Für Verpflegung und Getränke sorgen Familie Köprücü und das Bedienungspersonal des Waldcafés. Also, nicht vergessen, am 1. Juni zum Waldcafé kommen.

Rosi Musehold

Die „sichtbare Hand“ oder „Wie viel Staat braucht die Bundesrepublik?“

Die Botschaft der abendlichen Bildungsveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg im März zu diesem Thema lautete: Es deutet sich ein Wandel in der Wirtschaftstheorie und -politik zur Auffassung über die Rolle des Staates in unserer Gesellschaft an.

So mancher von uns war sicherlich etwas verwundert über die kürzlich vom Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, im Zusammenhang mit der Finanzkrise getätigten Äußerungen. Er sagte sinngemäß, dass er nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes glaube und forderte, dass der Staat als „sichtbare Hand“ durch sein Eingreifen das Vertrauen in die Banken wiederherstellen solle. Das äußerte ausgerechnet ein Banker, der bisher im Sinne des Neoliberalismus eher auf die „unsichtbare Hand“ gesetzt hat. Der englische Ökonom Adam Smith hatte im 18. Jahrhundert diese Formulierung von der „unsichtbaren Hand“ geprägt. Er meinte damit, dass der Markt mit seinen Gesetzen gewissermaßen hinter dem Rücken der Produzenten die Wirtschaft regelt.

Der Referent der Veranstaltung, Prof. Dr. Günter Krause, machte aber in seinen Ausführungen deutlich, dass die Diskussion über den Staat als „heilende Hand“ erst am Anfang steht. Zu tief sind die neoliberalen Thesen vom Staat als „ausuferndem Moloch“ (sinnbildlich: der zu viel Geld verschlingt und zu viel regelt) bis in unser Alltagsbewusstsein eingedrungen.

Prof. Krause betonte, dass die positive Beantwortung der Frage: „Wie viel Staat brauchen wir?“ zunächst einer kritischen Analyse der vorhandenen Realitäten

im Land bedürfe. Zugleich sei eine gründliche Auseinandersetzung mit bisherigen vorherrschenden neoliberalen Legenden und Mythen über die Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich. Angesichts der zunehmenden Krisenprozesse – besonders im Finanzsektor – könnte sich aber in einem längeren Prozess ein breiter gesellschaftlicher Dialog über diese Problematik entwickeln.

Die Reihe der Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu grundlegenden Prozessen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des heutigen Kapitalismus wird im April mit einem – sicherlich sehr aktuellen und interessanten – Ausflug in den Bereich der Außenpolitik fortgesetzt. Am Mittwoch, dem 23. April 2008, wird Prof. Dr. Frank Unger vom John F. Kennedy Institut der Freien Universität Berlin über die außenpolitischen Vorstellungen der Präsidentschaftskandidaten der USA referieren.

Horst Maiwald

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Kommt das Sozialticket für das Land Brandenburg?

In Brandenburg an der Havel hätten ca. 11.000 Menschen Anspruch auf ein Sozialticket

Die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg bewegt zunehmend die Politik und die Gesellschaft in unserem Land. Kaum ein aktuelles Politikfeld genießt gegenwärtig eine solche große Aufmerksamkeit und Beachtung.

Das Ticket soll für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel im VBB-Bereich Land Brandenburg gelten. Anspruchsberechtigt sollen alle Bürgerinnen und Bürger sein, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe) bzw. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Damit soll die Lebenssituation von Menschen und Familien mit geringem Einkommen verbessert werden. Die Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg fordert bereits seit mehr als 5 Jahren vehement die Einführung eines Sozialtickets.

Die Regierungskoalition von SPD und CDU lehnte aber alle von unserer Fraktion eingebrachten Anträge und Vorschläge prinzipiell ab.

Die im Mai vorigen Jahres ins Leben gerufene „Volksinitiative Sozialticket“ hat gezeigt, dass außerparlamentarischer Druck seine Wirkung nicht verfehlt. Über 32.000 Unterschriften, weitaus mehr als die geforderten 20.000, wurden der Landesregierung übergeben. Dennoch war ein Kurswechsel der beiden Regierungsparteien hin zum Sozialticket nicht erkennbar.

Im Januar 2008 lehnte der Hauptausschuss des Landtages die Volksinitiative ab. Der Landtag Brandenburg wies dann Ende Januar 2008, gegen die Stimmen unserer Linkspartei, die Volksinitiative zurück. Am 08. Februar beschloss daraufhin die Volksinitiative die Durchführung eines Volksbegehrens, um mit 80.000 Unterschriften die Landesregierung zu zwingen, das Sozialticket noch in diesem Jahr einzuführen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen damit die Möglichkeit erhalten, sich mit ihrer Eintragung in den bei den zuständigen kommunalen Ämtern und Einrichtungen ausliegenden Listen für ein Sozialticket auszusprechen und die Landesregierung zum Handeln aufzufordern.

Den Medien zufolge hat die Koalition von SPD und

CDU Anfang März 2008 ein „Sozialpaket“ geschnürt, das u.a. die Einführung eines Sozialtickets beinhalten soll. Es sollen verschiedene Modelle im Gespräch sein, die weitestgehend den Forderungen der Volksinitiative entsprechen.

Für Brandenburg an der Havel würde demnach die VBB-Umwelt-Monatskarte AB künftig die Hälfte kosten. Dies käme ca. 11.100 Bürgerinnen und Bürger der Stadt zugute. Ein solcher Vorstoß der Koalition wäre nach Erfahrung mit der Koalitionspolitik nicht ungewöhnlich. Denn wieder einmal will man sich mit fremden Federn schmücken und im Kommunalwahlkampf als Urheber und Initiator des Sozialtickets bei den Wählerinnen und Wählern punkten.

Auf Medieninformationen können und wollen wir jedoch nicht bauen. Denn die Landesregierung hat sich nach wie vor nicht zum Sozialticket erklärt sondern verweist lediglich auf die Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU.

Die Möglichkeit, die Einführung des Sozialtickets auf die Tagesordnung der Landtagssitzungen am 09. und 10. April zu setzen, haben weder Landesregierung noch Koalition genutzt. Offensichtlich sind die neuerlichen sozialpolitischen Ankündigungen nicht ernst gemeint.

Unsere Fraktion hat daher einen Antrag „Für ein Sozialticket in Brandenburg“ in den Landtag eingebracht, um unser Anliegen im höchsten Gremium unseres Landes zu thematisieren und zu debattieren und die Regierungsparteien zu eindeutigen Bekenntnissen und schnellen Lösungen zu zwingen.

Wir streben eine Einführung des Sozialtickets bereits zum 01. August 2008 an und halten dies für durchaus machbar. Das Volksbegehren, das am 28. April startet, soll erneut der Landespolitik klare Zeichen setzen und dokumentieren, dass wir nicht gewillt sind, von unserem außerparlamentarischen Engagement abzurücken. Je mehr Bürgerinnen und Bürger sich in die Listen eintragen, desto höher wird der Druck auf die Regierenden in unserem Land und die Wahrscheinlichkeit eines Sozialtickets sein. Wir alle haben es in der Hand.

Wolfgang Thiel, MdL Brandenburg

Dritte landesweite Demonstration gegen Sozialabbau

Die Demonstration am 29.03.2008 in Potsdam richtete sich unter dem Motto „Gemeinsam gegen Krieg und Sozialabbau“ gegen eine unsoziale Arbeitsmarktpolitik und eine zunehmende Militarisierung der Politik.

Des Weiteren wandten sich die zahlreichen Initiatoren der Demo in ihrem Aufruf gegen Stigmatisierung von Arbeitslosen, zunehmende Kinderarmut sowie die Tarifflicht von Unternehmen und die Aushöhlung der Mitbestimmung.

An dem landesweiten Protest beteiligten sich zahlreiche lokale Montagsdemonstrationsbündnisse,

wie z.B. aus Potsdam, Berlin, Magdeburg und selbstverständlich auch aus Brandenburg.

Die ca. 15 Montagsdemonstranten aus unserer Stadt gehörten zu insgesamt 400 bis 500 Teilnehmern. Die Polizei sprach dagegen nur von

rund 300 Demonstranten. Wie immer wird von der Staatsmacht nach unten korrigiert.

In einer großen Runde führte der Demonstrationszug

Der Schriftsteller Walter Flegel in der Geschäftsstelle der LINKEN

In der Geschäftsstelle der LINKEN ist der Schriftsteller Walter Flegel immer wieder gern gesehen. Alle Plätze waren besetzt am 27. März. Es war ganz still im Raum, als er aus seinem lyrischen kleinen Büchlein „Mein Orplid“ oder „Sonnenkranz“ vorlas und über seine Werke „Darf ich Jule zu dir sagen?“ und „Jule ist wieder da“ sprach.

Fünfzehn Verse erzählen über einen Lebensweg. Mein Orplid beginnt:

„Ich fühle mich als wär ich heimgekommen,
Ich habe jeden Heuwind wahrgenommen,
der durch die Sommer meiner Kindheit wehte,
und was ich blies auf der Holunderflöte“ –
und endet mit den Worten!

(mit vielen Transparenten, Fahnen, Lärminstrumenten u.a. Zeichen des Protestes) vom Luisenplatz zum Nauener Tor und weiter zum Platz der Einheit. An diesen drei Orten gab es jeweils interessante Redebeiträge aber auch musikalischen Protest.

Neben zahlreichen direkt Betroffenen sprachen auch prominente Linke-Politiker, darunter die Bundestagsabgeordnete Dagmar Enkelmann und der Europapolitiker Tobias Pflüger zu den Teilnehmern.

Eine Frage für mich bleibt allerdings offen.

Warum halten sich die Akteure des Arbeitslosenverbandes aus der Kirchmöseraner Stube bei unseren Brandenburger Montagsdemos so zurück? Am weiten



Auch die Brandenburger Montagsdemonstranten waren auf der Landesweiten Demo dabei

Weg kann es doch nicht liegen, denn in Potsdam führen sie mit einem neuen Kleinbus vor! Heidi Hauffe

„Ich fühle mich als wär ich heimgekommen von meinen Freunden gütig aufgenommen, und keiner fragt mich aus nach Fehl und Schuld. Sie helfen mit Erfahrung, mit Geduld, ... Die Möwen lassen sich im Winde treiben. Ich will nichts andres mehr als bleiben, bleiben ...“ Otto Mehlhase, der Vorsitzende der AG Senioren der LINKEN, überreichte Orchideen. Otto Mehlhase haben die Zuhörer die interessante Vorlesung zu verdanken. Er hat Walter Flegel eingeladen und organisierte die Buchlesung. Die Leser bedankten sich bei Otto Mehlhase und beim Schriftsteller Walter Flegel, der übrigens versprochen hat, im Herbst wieder zu kommen und sein nächstes Werk vorzustellen.

1. Mai - heute noch aktuell?

Was ist der 1. Mai? Ist er nur ein Frühlingstag? Vielleicht ein Fest der Familie oder ein arbeitsfreier Tag? Hat der 1. Mai eine Geschichte? Wie entstand dieser Tag?

Fragen, die uns bewegen. Ja, der 1. Mai hat eine Geschichte und er ist historisch entstanden. Auf dem 2. Gründungskongress der II. Internationale in Paris 1889 haben Delegierte der Arbeiterschaft den 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeiterbewegung beschlossen. Am 1. Mai 1890 wurde er das erste Mal als Kampftag begangen und ist jetzt in den meisten Staaten unserer Erde gesetzlicher Feiertag.

Welche Bedeutung hat er heute? Wir sollten auf alle Fälle demonstrieren und die Ziele linker Politik deutlich machen.

Welche sind das 2008? An die erste Stelle würde ich den Frieden und die Freundschaft zu allen Völkern setzen, an zweite Stelle den Kampf um Arbeitsplätze – gegen Hartz IV und weiteren Sozialabbau, 3. den Kampf um die Gleichberechtigung der Frau, 4. den Kampf gegen die Entdemokratisierung in unserem Land und in anderen kapitalistischen Ländern, 5. die Solidarität im Kampf um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, Mindestlohn und höhere Renten, 6. den Kampf um mehr Bildung unabhängig vom Geldbeutel, für Kinderschutz durch Grundgesetzänderung.

Also raus aus den Häusern zum 1. Mai 2008! Wir

Brandenburger haben alle Gründe, um uns in den Demonstrationen einzureihen und an der Kundgebung teilzunehmen.



Die Brandenburger Demonstration, zu der die Gewerkschaften, die LINKE und die SPD aufrufen, beginnt um 10.00 Uhr auf dem Nicolaiplatz und führt auf den Marienberg. Dort findet eine Kundgebung und ein buntes Programm statt.

Rosi Musehold

Der Internationale Frauentag – mal ganz anders

Der Landesvorstand Brandenburg der Partei DIE LINKE hatte zum diesjährigen Internationalen Frauentag im Netzwerk Europäische Linke eine Busfahrt nach Nymburk (Region Mittelböhmen) organisiert. Aus Brandenburg an der Havel konnten stellvertretend für die vielen ehrenamtlichen Helferinnen zwei Frauen an dieser Reise teilnehmen. Unsere Reisegruppe setzte sich aus Mitgliedern unserer Partei, SympathisantenInnen und Mitgliedern der DKP bzw. der KPD zusammen. Nymburk ist die Partner-Stadt von Neuruppin und folglich kamen etliche LINKE aus Neuruppin. Die Fahrt mit dem Bus ging über Potsdam, Cottbus und Dresden. Nymburk liegt an der Elbe und hat wie Brandenburg einen einzigartigen historischen Stadtkern, der bis zum heutigen Tag die mittelalterliche Stadtstruktur bewahrt hat. Wichtige Industriezweige sind heute u.a. Reparaturwerkstätten der Eisenbahn, ein

Maschinenbaubetrieb und Metallbearbeitungsbetriebe. Schon allein die Busfahrt gab den Blick auf die tschechischen Städte und Industriegebiete frei. Um 15:00 wurden wir in Nymburk in einem Kulturhaus erwartet, wo bereits der Frauentag bei Musik und Tanz fröhlich gefeiert wurde. Kurze Reden zum 8. März und Begrüßungen (natürlich auch für uns) wurden durch den Vortrag einer bekannten tschechischen Künstlerin ergänzt. Wir tauschten unsere Glückwünsche und Geschenke und vergnügten uns bei Kuchen, Wein, Bier und böhmischer Musik. Wir vermissten die Gelegenheit zu einem längeren Gespräch. Den Sonntagmorgen nutzten wir dann, um uns selbst ein Bild von Nymburk zu machen. Um 11:00 mussten wir dann bereits die Rückfahrt antreten. Wir bedanken uns beim Stadtverband für diese schöne Reise.

Ursula Kirchner & Astrid Wasserroth

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
die Havelbrandung ist die monatliche Zeitung des Stadtverbandes der Linken in Brandenburg an der Havel mit einer Auflage von 2500 Stück. Wir informieren hierin über Geschehnisse in unserer Stadt und darüber hinaus aus unserer Sicht. Unter der Nummer 03381/224733 können Sie die Havelbrandung nach Hause bestellen.
René Kretzschmar
Vorsitzender



Wir gratulieren allen unseren Mitgliedern und Sympathisanten, die in diesem Monat Geburtstag haben, und wünschen ihnen alles Gute!

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE
Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 0 33 81 - 22 47 33
Fax: 0 33 81 - 22 99 61
Internet: www.dielinke-stadt-brb.de
E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Termine

Öffentliche Fraktionssitzungen DIE LINKE am 14.04.08, 28.04.08, 13.05.08 und 26.05.08, jeweils um 18.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

Öffentliches Frühstück, am 16.04.08 und am 21.05.08 von 9.30 – 11.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

Stadtvorstandssitzung, 24.04.08 um 18.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

AG Politische Bildung, am 21.04.08 um 17.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

AG Soziales, am 07.05.08 um 19.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Mittwoch, 23.04.08, 17.00 Uhr, Fontane-Klub
Thema: „Zu außenpolitischen Vorstellungen der Präsidentschaftskandidaten in den USA“
Prof. Dr. Frank Unger (John-F.-Kennedy-Institut der FU Berlin)

Diskussionsrunde mit dem Landtagsabgeordneten der LINKEN Thomas Domres, 29.04.08, 18.30 Uhr, Fontane-Klub
Thema: „Petitionsrecht im Land Brandenburg“

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel
V.i.s.d.P.: René Kretzschmar

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de
Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.
Nächster Redaktionsschluss: 30. April 2008